

# Königsberger Hartung'sche Zeitung.

## Der fortschrittliche Ostpreußentag und die Landtagswahlen.

Die Hauptversammlung des Ostpreußischen Vereins der Fortschrittlichen Volkspartei hat am gestrigen Sonntag in Insterburg einen Verlauf genommen, der in jeder Beziehung die guten Erwartungen rechtfertigt, die ihn eröffneten und begleiteten. Die ostpreußische Fortschrittspartei teilt durchweg die taktische Gesamtaufassung und die grundsätzliche Stellungnahme, wie sie beim fortschrittlichen Preußentag in Berlin am 20. Januar in die Erscheinung trat. Die Insterburger Tagung eröffnet in dieser Hinsicht die besten Aussichten für den kommenden Landtagswahl-Mai, der dem Liberalismus ein triebkräftiger und ertragreicher Monat werden soll.

Die Frage der Landtagswahl stand naturgemäß im Vordergrund aller Verhandlungen des ostpreußischen Parteitages. Vor allen Dingen bestand unbedingte Einmütigkeit darüber, daß der Preußentag mit seiner Richtschnur für den Aufmarsch zur Landtagswahl das Rechte getroffen hat. Das Märchen von der Abhängigkeit der Fortschrittlichen Volkspartei gegenüber der Sozialdemokratie ist nun wohl endgültig beseitigt. Der Liberalismus ist nicht gesonnen, unter irgend ein kaudinisches Joch zu kriechen. Solange die Sozialdemokratie sich nicht in die Laisance finden wolle, daß sich das Landtagswahlrecht nur schrittweise reformieren läßt, und solange sie fortfährt, mit unmöglichen Forderungen und Bedingungen zu operieren, schädigt sie die freiheitliche politische Entwicklung. Die Sozialdemokraten treiben da wieder einmal eine völlig parteiiseltische Politik, die lediglich darauf hinausläuft, das Reformwerk aufzuhalten. Die Fortschrittliche Volkspartei wird also den klaren eigenen Weg gehen und trotz der Ungunst des Dreiklassenwahlrechts nicht aufhören mit dem Bemühen, dieses System aus ihm selbst heraus umzugestalten, in dem sicheren Bewußtsein, daß es sich auf die Dauer nicht aufrecht erhalten läßt, sondern einer freieren und gerechteren Entwicklung weichen muß. Das Endziel der Fortschrittlichen Volkspartei in der preußischen Wahlrechtsfrage, die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, ist augenblicklich noch nicht erreichbar. Die Nationalliberalen sind bisher für eine solche durchgreifende Reform nicht zu haben. Sie sind aber bereit, mindestens für das geheime und unmittelbare Wahlverfahren einzutreten, und dieses Stück Weg können also die beiden liberalen Parteien gemeinsam beschreiten. Da sich auch das Zentrum dieser Mindestforderung nur schwer entziehen kann, wenn es seine Wähler nicht völlig enttäuschen will, so darf man erwarten, daß die Regierung sich einer derartigen Reform nicht verweigern wird. Das Versprechen der Thronrede vom Oktober 1908 wird bei der Regierung nicht in Vergessenheit und Verfall geraten dürfen. Für die rechtzeitige, wiederholte und nachdrückliche Mahnung wird die Fortschrittliche Volkspartei auch im Wahlkampf Sorge tragen.

In unserer Provinz haben wir ja auf allen Gebieten gesteigerte Veranlassung, die Wahlreform als die Hauptsache der Wahlbewegung zu betreiben. Die Geschichte gerade des ostpreußischen Liberalismus zeigt uns, daß es möglich ist, auch innerhalb dieses grundverfehlten Wahlrechts eine bessere Zusammensetzung der Volksvertretung herbeizuführen. Die Redner des ostpreußischen Parteitages haben wiederholt betont, welcher Abbruch den Konservativen eigentlich mit Naturnotwendigkeit bereitet werden müßte, wenn alle freiheitlichen Elemente sich vergegenwärtigen wollten, daß im preußischen Abgeordnetenhaus den Konservativen nur sieben Stimmen zur absoluten Mehrheit fehlen! Die Landtagswahlbewegung ist bei uns seit der Reichsgründung nicht mehr so lebendig wie früher gewesen, weil eben das Reich einen Teil der wichtigsten Staatsaufgaben erfüllt und zwar auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts, so daß die Volksstimme dabei zur Geltung kommen kann. Aber der Landtag behält bekanntlich die Entscheidung über alle anderen Lebensgebiete des Bürgers, und es geht deshalb nicht an, daß man sich verdroffen und verstimmt, in den Schmolwinkeln stellt, und von der Betätigung freiheitlicher Grundkräfte bei den Landtagswahlen abwendet, mit dem jeden Trost: „Es hilft ja doch nichts!“ Kein Wort ist so falsch wie diese lendenlange Ausrede. Es hilft uns wohl weiter, wenn wir mit unablässiger Mühre das Dreiklassenwahlrecht ausböhlen, bis es vollständig zermürbt ist und einem gerechteren und erträglicheren Zustand weicht.

Bei der Besprechung der Lage in den einzelnen Wahlkreisen ergab sich, daß die liberale Sache nicht nur ihren Bestand wahren wird, sondern auch manchen neuen Erfolg in sichere Aussicht nehmen kann. Selbstverständlich muß überall mit dem Angebot der ganzen Kraft die Wahlarbeit geleistet werden. Die Gegenseite wird große Anstrengungen machen, um ihr Ziel, eben die Etablierung einer absoluten Mehrheit der Konservativen im Landtag, zu verwirklichen. Wer liberal denkt, wird sich in diesem nicht einschüchtern lassen! Die Drohungen mit dem Boykott werden von einzelnen schwächmütigen Leuten zuweilen durchaus überschätzt. Erstens läßt sich eine Ausschaltung der liberalen Erwerbskreise auf die Dauer überhaupt nicht vornehmen. Vorübergehende Schädigungen gleichen sich später reichlich aus. Wer vor lauter Mangelhaftigkeit und Nachgiebigkeit jedem Druck gefügig ist, ins erstbeste Mausloch kriecht oder sich platt auf den Boden legt, kommt erst recht unter die Räder, verliert schließlich womöglich auch die Unterstützung der liberalen Bevölkerung und sitzt dann ganz hilflos zwischen zwei Stühlen. Wer aber dazu mithilft, daß die geheime Abstimmung nun endlich auch für die Landtagswahl eingeführt wird, das heißt: wer liberal wählt, der sichert für alle Zukunft seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Die Wahlen erfordern — es ist eine alte Geschichte, doch bleibt sie ewig neu — finanzielle Opferwilligkeit derer, die etwas erreichen wollen. Der Ostpreußische Parteitag hat sich deshalb auch mit der Finanzkraft der Partei beschäftigt und Beschlüsse gefaßt, die dazu beitragen werden, die Parteielasse zu stärken. Unerforschliches wird wahrlich niemand zugemutet, der sich den liberalen Organisationen anschließt. Einen gewissen Erfolg kann doch wohl jedes Mitglied der liberalen Gemeinschaft dafür beibringen, daß es sich gegen politische Unterdrückung versteht. An freiwilligen Beiträgen hat es der Fortschrittlichen Volkspartei erfreulicherweise noch nie gefehlt, sie werden ohne Zweifel auch diesmal wieder neben den statutenmäßigen Mitgliedergebühren die Wahlkampfstaffe leistungsfähig halten.

Die vortreffliche Stimmung, die sich bei der öffentlichen Versammlung am Sonntag Nachmittag befand, ist uns eine Bürgschaft guter Aussichten. Die Redner ernteten im überfüllten Hause einen Beifall, der ganz außergewöhnlich war. Man vermerkte auch besonders gern die Beteiligung vieler Frauen an der Zusammenkunft. Es geht daraus hervor, daß in der Tat die ganze Bevölkerung von der Sehnsucht nach Verbesserung unserer öffentlichen Zustände ergriffen ist, und nicht etwa nur einige besonders stark politisch interessierte Kreise. Von „Wahlmüdigkeit“ war da nichts zu spüren. Im Gegenteil, man nahm wahr, daß sich das freiheitliche Bürgertum in Ungebild einfindet, um mitzuheilen am Fortschritt und am Ausbau der Staatseinrichtungen. Die Wahlbewegung wird diese Stimmung noch steigern, und so kann dem Liberalismus der Erfolg nicht fehlen. „Druff!“, sagte Blücher 1813.

## Verhandlungsbericht.

Der diesjährige Parteitag des Ostpreußischen Vereins der Fortschrittlichen Volkspartei fand am Sonntag im „Königlichen Hof“ zu Insterburg statt. Aus den meisten Wahlkreisen der Provinz waren Parteigenossen erschienen. Zu Eingang der Tagung widmete der stellvertretende Vorsitzende Reichstagsabgeordneter Siehr-Insterburg den im letzten Jahre verstorbenen Parteifreunden, insbesondere Robert Gyßling und Gustav Herzberg, warme Worte des Gedenkens.

Die Verhandlungen, deren Hauptpunkt eine Besprechung der bevorstehenden Landtagswahlen bildete, waren vom Geiste voller Einmütigkeit befeuert und bewiesen den festen Entschluß der fortschrittlichen Organisationen, im Wahlkampf mit aller Kraft für eine Verstärkung des liberalen Einflusses im preußischen Parlamente zu wirken. Wie der Referent zu dieser Angelegenheit Abg. Siehr bekannt gab, schweben zur Zeit Verhandlungen mit der nationalliberalen Partei über ein die ganze Provinz umfassendes Wahlabkommen. Diese Verhandlungen sind dem Abschlusse nahe. Der Parteitag faßte einmütig folgenden Beschluß:

„Im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen stellt sich der Ostpreußische Parteitag durchaus auf den Boden der Beschlüsse, die der Fortschrittliche Preußentag am 20. Januar in Berlin gefaßt hat. Der Parteitag versichert, mit aller Kraft auch in der Provinz Ostpreußen wieder für neue Wahlerfolge der Fortschrittlichen Volkspartei und des gesamten Liberalismus zu wirken.“

Im Anschluß an den vom Ehrenvorsitzenden Stadtrat Dulp-Königsberg erstatteten Kassenbericht wurde eine Statutenänderung vorgenommen, wonach die lokalen Organisationen in Zukunft 10 Prozent ihrer laufenden Mitgliederbeiträge an den Ostpreußischen Verein der Fortschrittlichen Volkspartei abzuführen haben. In der Debatte wurde insbesondere aus Arbeiterkreisen darauf hingewiesen, daß eine derartige Belastung durchaus ertragen werden könne. Auch wurde der Jahresbeitrag der Einzelmitglieder des Ostpreußischen Vereins auf mindestens 2 Mark erhöht.

Zum Vorsitzenden des Provinzialvereins wurde an Stelle des verstorbenen Abg. Justizrat Gyßling Stadtrat Oste-Königsberg gewählt, zu stellvertretenden Vorsitzenden Reichstagsabg. Rechtsanwalt Siehr-Insterburg und Chefredakteur Listowsky-Königsberg. Die übrigen Mitglieder des bisherigen Vorstandes wurden wiedergewählt, neugewählt wurde Kassenbote Reichardt-Königsberg. Die fortschrittlichen Abgeordneten der Provinz sowie ein Vorstandsmitglied des Königsberger Wahlvereins sollen künftig ohne weiteres Mitglieder des Vorstandes sein.

## Fortschrittliche Volksversammlung.

In Verbindung mit dem ostpreußischen Parteitag fand Nachmittags im großen Saale des „Königlichen Hofes“ eine stark besuchte öffentliche Volksversammlung statt. Der geräumige Saal war von etwa 400 Personen dicht gefüllt. Der Vorsitzende der Insterburger Parteioorganisation, Volkshausvereinsdirektor Anbuhl eröffnete die Versammlung mit einem Kaiserhoch. Dann ergriff, mit stürmischem Beifall und Gändelläutchen begrüßt,

## Reichstagsabg. Siehr-Insterburg

das Wort, um in längerer Rede, anknüpfend an die große, eiserne Zeit vor hundert Jahren, Vergleiche zwischen einst und jetzt zu ziehen.

Die rechtsstehende Presse, so führte er aus, hat merkwürdige Kommentare gemüßigt an das Bravo, daß der Anknüpfung des Kaisers in Königsberg folgte, es sei beabsichtigt, die allgemeine Wehrpflicht zur Verstärkung unserer Kräfte weiter auszuweiten. Vor hundert Jahren, als das Vaterland in Not war, opferten auch die ärmsten ihren Tauring, die Wohlhabenden aber schätzten sich nach Kräften und Vermögen selbst ein. Jetzt aber heißt es gleich, wenn neue Lasten kommen, die unserem Vaterland notwendig sind: „Aber nur ja keine Erbschaftsteuer!“ So hat man 1813 nicht gedacht. (Lebhaftes Bravo!) Konservativen und Zentrum erblicken in dieser Steuer, die als einzige des Finanzreformplanes von 1909 die wohlhabenden Schichten erfassen wollte, eine „Veräuslerung“. Jetzt spricht man von dem Projekt einer Vermögenszuwachssteuer. Die trifft aber nicht den großen Stamm von Vermögen, der heute vorhanden ist und viele Milliarden ausmacht, und sie ist, wie das in einer Denkschrift des preußischen Finanzministers Lenze ganz richtig ausgeführt worden ist, eine Steuer auf die Sparmasse und eine Prämie auf die Verschwendung, jedenfalls kein Ersatz für die Erbanfallsteuer. (Sehr wahr!) — Nach den großen patriotischen Phrasen, die man aus Zentrumskreisen bis zum Ueberdruß gehört hat, sollte man annehmen, daß das Zentrum eine Militärvorlage glatt schluden würde. Statt dessen durchschwimmen heute

## Auflösungsgerüchte

die Luft, und das Zentrum ist, wie man sagt, direkt mit der Sozialdemokratie in Verbindung getreten, um vielleicht so zusammen die neue Wehrvorlage zu Fall zu bringen. Die schwarze rote Wehr ist ja schon einmal auf dem Plan erschienen, z. B. bei der Ablehnung der Ostmarkenzulage. Und das Zentrum will jetzt eben mit aller Macht auf den Reichskanzler drücken, weil in den nächsten Wochen der Jesuitenvertrag beraten wird.

Mit Bivatatbändern, deren Erlös bestimmt gewesen ist für die Veteranenpönde, waren in Königsberg bei der Erinnerungsfest die meisten geschmückt. Eine schöne Zweckbestimmung —

aber: Ist es recht oder nicht vielmehr beschämend, daß wir für die Männer, die vor Jahrzehnten in heißen Kämpfen ihr Leben für das Vaterland eingesetzt haben, jahrzehntlang später bitten und betteln gehen? (Lebhaftes Bravo!) Ist es recht, daß man solche Männer auf ihre „Würdigkeit“ prüfen läßt durch die Landräte, wenn sie eine Beihilfe aus Reichsmitteln bekommen wollen? Vor kurzem hat im preußischen Landtag, als über diesen Punkt gesprochen wurde, ein Konservativer dazwischen gerufen: Schluß der Debatte! (Bewegung.) Für diese Ehrenschuld unseres Reiches sollten alle Parteien sich einsetzen, und es sollte ebenso Geld dafür vorhanden sein, wie für die Wehrvorlagen und anderes. Und ebenso sollte man auch den Veteranen der Arbeit durch Herabsetzung des Rentenalters auf 65 Jahre gerecht werden. (Beifall.)

Wo ist denn die sittliche Kraft hergekommen, von der unser Kaiser sprach, die den Aufschwung Preußens 1813 hervorgerufen hat? Die war schon immer vorhanden, aber Männer, wie Freiherr v. Stein, Scharnhorst, Hardenberg, Altenstein und andere, haben dafür gesorgt, daß die künstliche Unterdrückung dieser besten Volksträfte, der Geist der Bureaukratie, beseitigt, daß die dicke Staubschicht aus alten Aktenstapeln, die darüber lag, weggewischt wurde. Damals sprach Altenstein in einer Denkschrift an den Thron davon, daß

## demokratische Grundzüge in einer monarchischen Regierung

allein den gesunkenen Staat wieder aufrichten könnten, und Hardenberg bemerkte dazu, man schreie ja nicht zurück vor dem, was er als Hauptgrundsatz forderte: Möglichste Freiheit und Gleichheit. (Lebhaftes Bravo!)

Diese Grundzüge könnten heute in jedem Fortschrittprogramm stehen! Aber die Junker, die wütenden Gegner schon der damaligen Reformatoren des Staates, haben es trefflich verstanden, vieles von diesen Errungenschaften nachträglich wegzuräumen und zu beseitigen. Ständevorrechte finden nicht statt, aber trotzdem herrsche die Adel das Meer, die höheren Verwaltungsstellen, die Diplomatie. Und unsere Bureaufkranten täten — Erz. Vermuths Klage über die Behandlung der Selbstverwaltung hat es erst in den letzten Tagen gezeigt — gut, heute noch einmal beim Freiherrn v. Stein in die Schule zu gehen. Das Dreiklassenwahlrecht beraubt ja doch unseren ganzen Gewerbestand jeden Einflusses! Unsere Bauern, die in jener großen Zeit ihre Befreiung erlangt haben, sind durch die Landgemeindeförderung, die Kreisordnung und so weiter politisch in völlige Abhängigkeit vom Großgrundbesitz gedrängt worden. Und der wirtschaftliche und gesellschaftliche Boykott, das denkbar unantastbarste und widerlichste Kampfmittel, wird von den Konservativen zur Aufrechterhaltung des veralteten Preußenwahlrechts benutzt.

Durch die öffentliche Wahl ergiebt man das Volk zur Heuchelei und zur Wahlenthaltung. Das ist aber das gerade Gegenteil von den Bemühungen, die 1813 ihre herrlichen Früchte trugen. Helfen Sie uns Mitte Mai bei der Landtagswahl wenigstens verhindern, daß die Konservativen ganz für sich allein die Mehrheit erringen und Alleinherrscher werden in Preußen. (Stürmischer, sich immer wiederholender Beifall.)

## Reichstagsabgeordneter Kopsch,

gleichfalls mit langanhaltendem Beifall willkommen geheißen, stellte in launigen Ausführungen, oft von stürmischer Heiterkeit unterbrochen, die Bemühungen der Konservativen, dem Reichskanzler und höheren Stellen mit dem roten Gespenst das Gruseln beizubringen, ins rechte Licht.

Herr v. Seydewitz hat schon vor einigen Monaten die Worte für dieses Wahlmanöver ausgesprochen, indem er seinen schlechten Getreuen gelagt hat: es trenne uns nur noch eine Stufe von der Revolution, wir ständen in Deutschland ähnlich da, wie Frankreich 1789. Nun, das preußische Volk dankt seine Machtstellung nicht etwa den Herren, die dieses Gespenst an die Wand malen, es hat sich mit gesundem Sinne grobgehüngert, und sein Herrscherhaus hat schon vor weit mehr als hundert Jahren erkannt, daß Bildung ein Volk groß macht, und hat mit dem Generallandtagsreglement und mit dem allgemeinen Landrecht das widerstrebende Junkertum gewonnen, für diese notwendige Bildung des Volkes etwas zu tun. Man weiß dort oben auch sehr wohl, daß das blaue Gespenst noch viel häufiger und verderblicher in die Geschichte der Völker und der Fürstentümer eingegriffen hat als das rote. Wenn der Herr von Kleinfunkme gemeint hat die Herrschaft der Junker, die Annahmehaltung des Klerus, die Steuerbrüder der besitzenden Klassen, die Verweigerung jeglicher Reformen, den unerträglichen Druck der Beamenschaft auf Bürger und Bauern — all diese der Revolution von 1789 vorausgehenden Verletzungen der Verfassungen, so konnte man ja fast glauben, daß er recht hätte. An dem allen fehlt es uns heute nicht. (Stürmischer Beifall.) Aber wir brauchen heute trotz alledem das rote Gespenst nicht so sehr zu fürchten, denn wir haben ein Sicherheitsventil im Staat, nämlich das Parlament. Man muß nur dafür sorgen, daß

## das rechte Parlament

in der Hauptstadt beisammen ist. (Lebhafter Beifall.) Wer das Sicherheitsventil künstlich belastet, der allein ruft gewalttätige Explosionen hervor.

In Preußen schwimmen wir jetzt mit 200 Millionen Uebererschüssen im Golde. Trotzdem aber sollen die Steuerzuschläge von 60 Millionen nicht abgehafft werden, sondern man tilgt hier Schulden, denen doch ganz überragende Wertobjekte gegenüberstehen, während man im Reich neue Schulden machen will, und zu einer Zeit, wo allgemeine Teuerung herrscht. Das Geld eines Staates ist nirgends besser aufgehoben als in den Taschen seiner Steuerzahler. (Große Heiterkeit.) Hat man es erst in den Staatskassen liegen, dann finden sich auch Ausgabenposten dafür. Der Redner streift nun kurz die großen Gebiete der inneren Verwaltung, des Verkehrswezens und des Schulwezens, zuletzt die drängenden Wahlrechtsfragen, um vor einer Unterdrückung der Bedeutung des Landtages zu warnen. Wir stehen vor der Gefahr, daß die Konservativen mit 222 Stimmen allein den ganzen Landtag beherrschen. Sie brauchen

## nur noch sieben Stimmen.

die ihnen fehlen, hinzuzugewinnen und dann haben sie keine Rück-sicht mehr nötig. Auch die 70 Nationalliberalen im Preußenlandtag sind dann ausgeschaltet. Darum ist die gemeinsame Kampf-front der Liberalen bei diesem Wahlkampf eine gebieterische Forderung der Stunde. (Sehr wahr!)

Orden- und Ehrenzeichen und Jagdeinladungen können wir als Lohn denjenigen, die mit uns kämpfen, nicht versprechen, aber sie werden am Tage der Wahl das Bewußtsein haben: Als liberaler Mann und Bürger hast du keine Pflicht und Schuldbigkeit getan fürs preußische und deutsche Vaterland. Auf zur Arbeit in wahrer Liebe für Fürst, Volk und Land. (Dröhnender, sich immer wiederholender Beifall.)